INTERPELLATION

Erhalt der Arbeitsplätze im Urner Baugewerbe

Seit 1997 hat sich im Kanton Uri die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten von 1282 auf 974 Personen reduziert. Dies bedeutet für unseren Kanton einen Verlust von über 300 Arbeitsplätzen.

Der Aderlass des Gewerbes ist nicht nur auf die Restrukturierungen infolge Überangebot oder auf fehlendes Auftragsvolumen zurückzuführen. Ein wesentlicher Anteil resultiert auch aus der Tatsache, dass häufig öffentliche Arbeiten ohne zwingende Gründe an ausserkantonale Anbieter vergeben werden.

Bei der Handhabung der Submissionsverordnung sollte in Rahmen der Möglichkeiten unbedingt auch volkswirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Leider zeigen Beispiele aus jüngster Zeit, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Die Möglichkeiten der Verordnung werden bewusst nicht ausgenützt.

Gestützt auf Artikel 84 der Geschäftsordnung ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass der Kanton Uri im «freihändigen Verfahren» bewusst ausserkantonale ansässige Unternehmen zur Offertstellung einladet? Wenn ja, warum?
2. Beinhaltet das vom Tiefbauamt Uri erarbeitete Projekthandbuch Klauseln, welche die Handhabung der Submissionsverordnung so beeinflussen, dass die Urner Volkswirtschaft unnötig eingeeignet und negativ beeinflusst wird?
3. Warum setzt der Kanton Uri beim «freihändigen Verfahren» die WTO-erlaubten Limiten für die Schwellenwerte bedeutend tiefer an als andere Kantone?
4. Ist die Baudirektion bereit, amtsinterne Weisungen zu Gunsten einer positiven Beeinflussung der Urner Wirtschaft zu überprüfen und entsprechende Hindernisse aufzuheben?

Schattdorf, 25. September 2000